

EinBlick*

Im Einklang mit dem Klima des semiariden Gebietes Brasiliens leben:
Konviventia mit dem semiariden Klima.



Kurznachrichten; aktuelle Ereignisse; Infos;



INSTITUTO REGIONAL DA PEQUENA AGROPECUARIA APROPRIADA – IRPAA

Ausgabe 19 (August, 2014)

ALLGEMEINES AUS BRASIL IEN

Die Bevölkerung soll Mitspracherecht haben? Aber das geht doch nicht!!! - Wer hat Angst vor der Demokratie?

Mitte des Jahres wurde von der Präsidentin Dilma die Gründung der Nationalen Politik für soziale Teilhabe (Politica Nacional de Participação Social - PNPS), mittels Verordnung Nr. 8.243/2014 erlassen und unterzeichnet. Damit sollen alle Bundesstellen und Organisationen der öffentlichen Verwaltung, Ministerien, etc. verpflichtet werden, vor jeder Entscheidung, die von Interesse der Zivilgesellschaft ist, die BürgerInnen anzuhören. Das Ziel dabei ist, die Stärkung der demokratischen Institutionen für die gemeinsame Aktion zwischen der Bundesregierung und der Zivilgesellschaft.

Das Dekret soll das Gesetz (Nr. 10.683) der sozialen Teilnahme aus dem Jahre 2003, das bereits in der brasilianischen Verfassung verankert ist, stärken und ausführende Bestimmungen festlegen.

Allerdings stößt das Dekret bei der Opposition im brasilianischen Kongress auf großen Widerstand. Denn sein Ziel ist es, den Dialog zwischen der Staatsregierung und der Zivilgesellschaft zu stärken. Zehn Begriffe werden definiert: Zivilgesellschaft, Rat für öffentliche Politik, Kommission für öffentliche Politik, nationale Konferenz, Bundes Ombudsmann, Verhandlungstisch, Forum der Räte, Öffentlichen Anhörung, Öffentliche Umfrage und die virtuelle soziale Beteiligung.

Und diesen Dialog und Stärkung der Demokratie will die Opposition nicht, weil sie Angst hat, dass die BürgerInnen damit mehr Mitbestimmungsrecht haben. Aber gerade jetzt müssen die sozialen Organisationen und die Zivilgesellschaft teilnehmen, um einen besseren Weg für Brasilien und auch gleichzeitig für die Welt zu finden.

Eine „Demokratie“, die gegen diesen Vorschlag ist, ist eine Demokratie gegen die Bevölkerung und gleichzeitig gegen das Leben sagte der Ministerchef des Generalsekretariats der Präsidentin, Gilberto Carvalho.

Kampagne - Volksentscheid auf Bürgerinitiative für politischen Reformen

Bei den Massendemonstrationen im Jahre 2013 wurde deutlich, dass alt eingefahrene Verhaltensweisen nicht oder nur schwer geändert werden können, weil politische Strukturen jegliche Änderung verhindern. Damals sprach die Präsidentin Dilma von der dringenden Notwendigkeit der politischen Reformen. Dieser Vorschlag wurde jedoch von der Mehrheit im brasilianischen Parlament, vor allem jedoch bei der Gruppen der Politiker (besonders der bancada ruralista = PolitikerInnen die selbst GroßgrundbesitzerInnen, plus der Sympathisanten) abgelehnt. Denn dadurch würden sie etwas von ihrer Machtposition verlieren.

Mit politischen Reformen soll erreicht werden, dass vor allem die Finanzierung von Wahlkampagnen nicht mehr in der bekannten Form erfolgen. Heute finanzieren private Firmen und Unternehmensgruppen die Wahlkampagne von KandidatenInnen und fordern dann später Vorteile bei politischen Entscheidungen. Und die VertreterInnen im brasilianischen Kongress vertreten dann die Interessen der „Wahlkampagnen-Finanzgeber“ und nicht die Interessen der Bevölkerung. Außerdem werden die Interessen der Arbeitergruppen und Kleinbauernfamilien kaum vertreten, da mehr als 70 Prozent der Parlamentarier im Kongress GroßgrundbesitzerInnen sind.

Unter anderen wird auch gefordert, dass allen politische Parteien finanzielle Mittel in gleicher Höhe und aus einem öffentlichen Fond zur Verfügung stehen. Außerdem wird die Erhöhung des Mitspracherechts gefordert und Beteiligungen bei Abstimmungen und Bestimmungen, z. B. des öffentlichen Haushaltes, seitens der Bevölkerung und sozialen Organisationen.

Ohne Änderungen der politischen Strukturen können grundlegende Probleme nicht angegangen und beseitigt werden, beispielsweise in den Bereichen der Landfrage, Schulerziehung, Gesundheit.

Um den Vorschlag von politischen Reformen und Bürgerbeteiligung zu stärken, wurde eine Kampagne des Volksentscheides auf Bürgerinitiative zur politischen Reform durchgeführt und in der Semana da Patria – Woche des Vaterlandes - eine Unterschriftensammlung in Brasilien durchgeführt.



*) Das soll heißen: ein kurzer Blick auf die Situation und Einblick auf Hintergründe

9^oBrasilianisches Symposium des Sammeln und Speichern von Regenwasser und internationaler Erfahrungsaustausch



Erfahrungsaustausch in der Landgemeinde

Anlässlich des Regenwassersymposiums, vom 12 bis 15 August 2014 in Feira de Santana/Bahia, gab es auch einen Erfahrungsaustausch der Familien aus Juazeiro und den umliegenden Landkreisen mit VertreternInnen von Organisationen aus afrikanischen und asiatischen Ländern. Dieses Treffen fand in der Landgemeinde Mucambo, Landkreis Riachão do Jacuípe/Bahia statt. Die Bäuerin Rosana Alves sagte, dass es ein sehr wichtiges Ereignis für sie war, Menschen aus verschiedenen semiariden Regionen bei sich zu Hause zu empfangen und sich auszutauschen. Die ausländischen Besucher waren vor allem von den Gemüsebeeten beeindruckt, die sehr wenig Wasser benötigen und allen angepassten Technologien zur Aufbewahrung von Regenwasser, z.B. der Regenwasser-

zisterne für die Produktion, mit 50.000 Liter Fassungsvermögen. Außerdem war es wichtig und sehr lehrreich die Erfahrungen anderer Länder zu hören die in ähnlicher Situation leben wie die Familien im brasilianischen halbtrockenen Gebiet.

Gesetzesvorschlag über die öffentliche Politik der Konvivência mit dem semiariden Klima auf bundesstaatlicher (Bahia) Ebene.

Bei dem Treffen nahmen VertreterInnen von sozialen Organisationen und Regierungsorganisationen teil. Nach dem Vortrag eines Vertreters des Nationalen Sekretariats für solidarische Ökonomie wurden in verschiedenen thematischen Gruppen die jeweiligen Inhalte des Gesetzesvorschlages analysiert und Änderungsvorschläge mitaufgenommen. Denn jetzt wird der Gesetzesvorschlag zur Entscheidung an die gesetzgebende Versammlung des Bundesstaates Bahias weitergegeben.

Der Gesamtvorschlagn enthält u.a. Themen über die Landfrage, Nahrungsmittelsicherung, angepasster Schulunterricht, sowie die Integration der öffentlichen Politik für die semiaride Region.

IRPAA beteiligt sich an der Kampagne - Volksentscheid auf Bürgerinitiative für politische Reformen

In den letzten Wochen und Monaten beteiligte sich IRPAA, zusammen mit anderen sozialen Organisationen bei der Vermittlung von Informationen über die Notwendigkeit für politische Reformen. Um eine große Beteiligung bei dem Volksentscheid zu erzielen, war es wichtig die Arbeiten direkt in den einzelnen Landkreisen durchzuführen und zusammen mit den örtlichen Gruppen Komitees zu gründen, die Informationen über Mundpropaganda, Informationsmaterial, Radioprogramme, etc. weitergaben. Außerdem waren diese Komitees zuständig, die Unterschriftenaktion während der Woche des Vaterlandes durchzuführen und die Ergebnisse an die Nationale Stelle der Kampagne weiterzuleiten.

Für die Arbeit von IRPAA ist diese Kampagne sehr wichtig, denn nur durch politische Reformen können Schritte vor allem hinsichtlich der Landfrage und die Garantie von Menschenrechten erfolgen.



Bei der Unterschriftenaktion

VertreterInnen der Gruppe „Konvivência“, aus dem Dekanat Wolfsburg zu Besuch.

Anfang August durften wir drei VertreterInnen der Gruppe Konvivência aus Wolfsburg empfangen. Die BesucherInnen verbrachten einige Tage bei und mit uns, um die semiaride Region Brasiliens kennenzulernen, und um einen Einblick über die Arbeit von IRPAA zu bekommen. Die Fahrten ins Landesinnere ermöglichten Gespräche mit den Familien, das Kennenlernen von angepassten Technologien, beispielsweise zur Wasserbevorratung, die Wichtigkeit der Landfrage, der intakten, bewahrten Caatinga (Biom), des an die Realität angepassten Schulunterrichtes, u.a.m. Außerdem wurden die negativen Konsequenzen von Großprojekten (Zuckerrohrgroßplantagen, Flussableitung, etc.) für die Familien aufgezeigt.

Wir bedanken uns nochmals ganz herzlich für den Besuch und die gemeinsamen, interessanten Tage.

Stimmen aus der Bevölkerung:

„Der Bürgerentscheid ist wichtig, für Änderungen im politischen System. Nur eine Minderheit vertritt die Interessen der Bevölkerung. Außerdem muss die Zivilgesellschaft angehört werden.“

Ubirajara Queiroz, Student

„Plötzlich kamen Leute mit einem großen Auto in unsere Landgemeinde und fingen an zu vermessen und Steine auszugraben. Es interessiert diese Leute nicht, dass sie auf unserem Land und Weidefläche sind. Sie bitten nicht mal um Erlaubnis, gehen einfach rein. Wir wissen das es Leute von Erzabbaufirmen sind. Diese haben keinen Respekt vor uns.“

Frau Josefa, Landgemeinde Santana/Uauá